

Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 28.09.2023
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde
Landrat Marco Prietz
Abg. Robert Abel
Abg. Claus Aselmann
Abg. Nils Bassen ab TOP 7
Abg. Ernst Behrens
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Doris Brandt
Abg. Patrick Brinkmann
Abg. Klaus Brodersen
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Henning Cordes
Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Harald Hauschild
Abg. Marvin Heinrich
Abg. Ina Helwig
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Michaela Holsten
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Franziska Kettenburg bis 10.30 Uhr
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Detlef Kück
Abg. Volker Kullik
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Dr. Marco Mohrmann
Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Knut Nagel
Abg. Bernd Petersen

Abg. Joy Rosenberg
Abg. Wiebke Scheidl
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Erika Schmidt
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Reinhard Trau
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Christian Winsemann
Abg. Norbert Wolf

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Marco Groth (Amt 10)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Willi Bargfrede
Abg. Melanie Blank
Abg. Marie-Thérèse Kaiser
Abg. Stefan Klingbeil
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Lars Rosebrock
Abg. Mathias Ullrich
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 29.06.2023
- 4** Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6** Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Mathias Ullrich; hier: Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0504
- 7** Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0507
- 8** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen; hier: Kreismusikschule
Vorlage: 2021-26/0473
- 9** Ergänzung des Deutschlandtickets in der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Festsetzung und zum Ausgleich von Höchsttarifen im straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr
Vorlage: 2021-26/0503
- 10** Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „An der Mehde“
Vorlage: 2021-26/0470
- 11** Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Roter Moor und Altes Moor“
Vorlage: 2021-26/0471
- 12** 1. Änderungsverordnung zur Verordnung über Naturdenkmäler im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0467
- 13** Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse
- 13.1** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.07.2023: Kostenfreier ÖPNV für Ältere
Vorlage: 2021-26/0466
- 14** Anfragen
- 15** Einwohnerfragestunde

Anmerkung zum Protokoll:

Zur Kreistagssitzung war um 9.00 Uhr geladen. Der Sitzungsbeginn verzögerte sich aber um 30 Minuten, weil die Technik für den Live-Stream der Sitzung von der hierfür beauftragten Firma nicht rechtzeitig eingerichtet worden war.

Punkt 1 der Tagesordnung: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Sie begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten Melanie Blank, Willi Bargfrede, Marie-Thérèse Kaiser, Stefan Klingbeil, Hans-Jürgen Krahn, Tam Ofori-Thomas, Lars Rosebrock, Mathias Ullrich und Bernd Wölbern fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzende Tomforde gibt noch einige allgemeine Hinweise für die Abgeordneten zur Übertragung der heutigen Sitzung als Livestream im Internet.

Punkt 2 der Tagesordnung: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 29.06.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages am 29.06.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 29.06.2023 sei der Kreisausschuss am 06.09. und 28.09.2023 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der vorzeitigen Beendigung des Vertrags mit dem DRK Kreisverband Bremervörde e.V. über die Durchführung des Betriebs einer Notunterkunft für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DRK Kreisverband Bremervörde e.V. Gespräche mit dem Ziel einer einvernehmlichen Vertragsbeendigung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu führen. Sollten wider Erwarten diese Gespräche nicht zu einer einvernehmlichen Vertragsbeendigung führen, soll die Möglichkeit einer Kündigung

aus wichtigem Grund geprüft und diese bei Vorliegen der Voraussetzungen ausgesprochen werden.

Landrat Prietz ergänzt, der Landkreis habe sich inzwischen mit dem DRK-Kreisverband darauf verständigt, das Vertragsverhältnis zum 31.12.2023 zu beenden.

2. Der Annahme der Zuwendungen für das Frauenhaus von der Kirchengemeinde Horstedt sowie der Kleiderbörse Wilstedt in Höhe von insgesamt 1.080,22 € wird zugestimmt.
3. Der Gemeinde Hepstedt wird für ihre Verkehrssicherheitsmaßnahme (mobiles Geschwindigkeitsmessgerät mit Display) ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Anschaffungskosten = 792,00 € gewährt.
4. Der Verkehrswacht Bremervörde-Zeven wird für ihre Verkehrsunfallpräventionsmaßnahme (Anschaffung eines Unfall-Präventionsanhängers zum Transport von Verkehrsgeräten, Kinderfahrrädern und Präventionsmaterialien) ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Anschaffungskosten = 3.166,33 € gewährt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Das Bundeskabinett habe den Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 beschlossen, das Einsparungen bei der Mittelausstattung der Jobcenter i.H.v. 500 Mio. Euro bundesweit ab 2024 sowie bzgl. der mittelfristigen Finanzplanung weitere Einsparungen i.H.v. 900 Mio. Euro bundesweit ab 2025 vorsehen würde. Der Gesetzesentwurf sehe ferner vor, die Arbeitsförderung für junge Erwachsene unter 25 Jahren ab dem 01.01.2025 aus den Jobcentern heraus auf die Agenturen für Arbeit zu übertragen. Die Entscheidung des Bundes werde von einer Vielzahl von Experten und Verbänden negativ kritisiert. Von den Maßnahmen wären das Jobcenter sowie das Jugendberufszentrum des Landkreises stark betroffen. Mit den angekündigten Kürzungen des Verwaltungs- und Eingliederungsbudgets des Bundes stünden ca. 1 Mio. € weniger Mittel zur Verfügung als 2023. Gleichzeitig sei die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Verhältnis zum Vorjahr um ca. 350 (Stand: Juni 2023) gestiegen. Zu berücksichtigen sei ebenso, dass die Verwaltungskosten des Jobcenters durch die Tarifsteigerungen bei den Personalkosten gestiegen seien.
Ab dem Jahr 2025 würde das Bundesbudget des Jobcenters nach ersten Berechnungen um weitere ca. 1,2 Mio. € sinken. Insgesamt stünden damit für die Jahre 2024 und 2025 ca. 2,2 Mio. € weniger Bundesmittel zur Verfügung als in 2023. Die Mittelkürzungen würden demnach nicht nur die mit dem Übergang der unter 25jährigen in die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit durch den Bund errechneten Einsparungen umfassen. Bei Realisierung dieser Mittelkürzungen würden bereits ab 2024 die Möglichkeiten des Jobcenters, Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit an externe Anbieter zu vergeben, stark eingeschränkt bzw. nicht mehr gegeben sein. Gleichzeitig würden mit dem Übergang der unter 25jährigen von den Jobcentern zur Bundesagentur für Arbeit langjährig aufgebaute Strukturen für diesen Personenkreis deutlich zu deren Nachteil beschädigt werden.
Es sei beabsichtigt, die konkreteren Auswirkungen sowie die sich daraus ergebende erforderliche Neustrukturierung der Arbeit des Jobcenters wie auch des Jugendberufszentrums in der Novembersitzung des Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsausschusses darzustellen.
2. Die niedersächsischen Landkreise seien für die Sicherstellung der stationären Versorgung verantwortlich. Ausdrücklich würden sie sich zur Fortentwicklung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Krankenhauslandschaft bekennen.

In Bücken, Landkreis Nienburg (Weser), hätten letzte Woche die niedersächsischen Landrätinnen und Landräte im Rahmen ihrer diesjährigen Klausurtagung über die aktuellen Herausforderungen des ländlichen Raumes mit Politik und Wissenschaft mit dem Schwerpunkt der Gesundheitspolitik diskutiert. Minister Philippi habe zu diesem Thema Rede und Antwort gestanden.

Landrat Ambrosy habe diesem den an Bundesminister Karl Lauterbach und Philippi gerichteten „Nienburger Notruf“ überreicht. Dieser sei zuvor einstimmig vom Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes verabschiedet und von allen niedersächsischen Landrätinnen und Landräten sowie dem Präsidenten der Region Hannover unterzeichnet worden.

Der „Nienburger Notruf“ verdeutlicht die Sorge um eine qualitätsvolle Krankenhausversorgung in der Fläche. Durch die geplante Krankenhausreform seien nach Meinung der Landrätinnen und Landräte keineswegs nur leistungsschwache Krankenhäuser in einer finanziellen Notlage. Zudem würden die im Juli konsentierten Eckpunkte zwischen Bund und Ländern die Umsetzung der politisch und fachlich einvernehmlich in Niedersachsen erzielten Ergebnisse der Enquetekommission des Landtags aus dem Jahr 2021 gefährden. Heftig kritisiert worden sei das Vorgehen des Bundes, über die Hintertür des sogenannten Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes Fakten zu Lasten der Länder und Kommunen zu schaffen, bevor überhaupt ein Gesetzentwurf zur Krankenhausreform auf dem Tisch liege.

Minister Philippi sei aufgefordert worden, dem Gesetzentwurf des Bundes für Niedersachsen nicht zuzustimmen, solange keine finanzielle Soforthilfe für die Kliniken noch in diesem Jahr erfolge.

3. Die Verwaltung würde einen Entwurf für ein überarbeitetes Regionales Raumordnungsprogramm erstellen. Das Land habe bisher noch keine gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Ein Beschluss hierzu solle voraussichtlich in der Dezembersitzung des Landtages erfolgen. Vermutlich würde sich die Beschlussfassung im Landtag aber in das I. Quartal 2024 verschieben. Ohne eine gesetzliche Grundlage auf Landesebene könne der Kreistag hierzu keine Beschlüsse fassen.
4. **Herr Dr. Lühring** berichtet über die Genehmigung des Landkreises für eine Änderung des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde Sittensen für eine PV-Freiflächenanlage in der Gemeinde Tiste. Die Aufstellung des Flächennutzungsplans für dieses Vorhaben sei in Zuständigkeit der Samtgemeinde erfolgt. In diesem Verfahren könne der Landkreis nur die Einhaltung der äußeren Grenzen des Planungsermessens sowie Rechtsverstöße prüfen. In diesem Verfahren seien die von der Samtgemeinde angestellten Abwägungen schlüssig gewesen und nicht zu beanstanden. Die vorgesehene PV-Freiflächenanlage würde allerdings an ein EU-Vogelschutzgebiet angrenzen. Die FFH-Verträglichkeit der geplanten Anlage sei im bisherigen Verfahren aus Kreissicht noch nicht abschließend geklärt worden. Da das FFH-Gebiet selbst jedoch nicht überplant werde, müsse das rechtlich nicht zwingend auf Flächennutzungsplanebene erfolgen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Mathias Ullrich; hier: Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0504

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten Mathias Ullrich, Visselhövede, wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0507**

Kreistagsvorsitzende Tomforde erklärt, der für den ausgeschiedenen Abgeordneten Matthias Ullrich in den Kreistag nachgerückte Abgeordnete Nils Bassen sei noch vom Landrat förmlich zu verpflichten.

Landrat Prietz bedankt sich zunächst beim vormaligen Kreistagsabgeordneten Ullrich für die geleistete Mitarbeit im Kreistag und wünscht diesem alles Gute.

Herr Nils Bassen sei als Abgeordneter in den Kreistag nachgerückt. Abg. Bassen habe von seinen sich aus den §§ 40 bis 42 NKomVG ergebenden Pflichten Kenntnis genommen.

Der **Landrat** verpflichtet den Abg. Bassen seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen. Die Verpflichtung wird mit Handschlag bekräftigt

Punkt 8 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen; hier: Kreismusikschule
Vorlage: 2021-26/0473**

Beschluss:

Der Annahme der im Jahr 2022 und 2023 erhaltenen Zuwendungen wird zugestimmt. Gleichzeitig wird der Annahme der für das Jahr 2023 in Aussicht gestellten Zuwendungen gemäß Sitzungsvorlage die Zustimmung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Ergänzung des Deutschlandtickets in der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Festsetzung und zum Ausgleich von Höchsttarifen im straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr
Vorlage: 2021-26/0503**

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Festsetzung und zum Ausgleich von Höchsttarifen im straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „An der Mehde“**
Vorlage: 2021-26/0470

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "An der Mehde" werden in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Roter Moor und Altes Moor“**
Vorlage: 2021-26/0471

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Roter Moor und Altes Moor" werden in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 12 der Tagesordnung: **1. Änderungsverordnung zur Verordnung über Naturdenkmäler im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0467

Abg. Hauschild führt aus, mit der vorliegenden 1. Änderungsverordnung würden 91 neue Naturdenkmäler im Landkreis ausgewiesen. Insgesamt seien 139 Naturdenkmäler ausgewiesen, davon 113 Einzeldenkmäler und 26 Alleeen, Baumreihen oder Findlinge. Er verdeutlicht die breite Akzeptanz für den Erhalt der Naturdenkmäler an dem Beispiel einer Baumgruppe in Godenstedt. Zu der Änderungsverordnung seien viele positive Stellungnahmen beim Landkreis eingegangen, aber auch Kritik sei geäußert worden. Wichtig sei, dass Pflegeschnitte von der Naturschutzbehörde durchgeführt würden oder nach vorheriger Zustimmung der Behörde vom Eigentümer selbst durchgeführt werden könnten.

Abg. Kullik meint, es hätte eine gute Kreistagssitzung für den Naturschutz werden können. Aber die Nachricht von der Genehmigung des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde

Sittensen für die PV-Freiflächenanlage sei ein Tiefschlag für den Naturschutz. Erfreulicher sei die Unterschutzstellung der Naturdenkmäler. Diese Denkmäler mit Geschichte seien auch kulturhistorisch von Bedeutung. Endlich sei auch die bisherige Verordnung aus den 1930er Jahren angefasst worden. Die inzwischen nicht mehr auffindbaren Naturdenkmäler seien gestrichen worden. Dem Engagement von Frau Enke von der Naturschutzbehörde des Landkreises sei es zu verdanken, dass Schwung in die Angelegenheit gekommen sei. Auch er spricht die Akzeptanz für die Unterschutzstellung an. Zum Teil hätten sich Leute für die Unterschutzstellung bedankt und 54 Bürgerinnen und Bürger hätten Anträge auf Unterschutzstellung gestellt. Das habe es vorher noch nicht gegeben. Mit dem Vorgehen habe der Landkreis Akzeptanz geschaffen. Manche Kommunen würden auch abgestorbene Bäume nicht entfernen, sondern stehen lassen, wenn die Verkehrssicherungspflicht dies zulassen würde. Er freue sich über die vorliegende Verordnung und spricht dafür ein Lob an die Verwaltung aus.

Abg. Dembowski freut sich über die Ausweisung der Naturdenkmale. Im Hinblick auf die Genehmigung des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde Sittensen bedauert sie aber auch, dass die Energiegewinnung in der Natur auch zu Lasten der Natur gehen könne. Der Natur würde geholfen, wenn eine Unterschutzstellung auch in einem beschleunigten Verfahren möglich wäre.

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und die 1. Änderungsverordnung über Naturdenkmäler im Landkreis Rotenburg (Wümme) nebst Karten und Anlagen werden in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse**

Punkt 13.1 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.07.2023: Kostenfreier ÖPNV für Ältere
Vorlage: 2021-26/0466**

Kreistagsvorsitzende Tomforde erläutert, der Antrag der SPD-Fraktion solle vom Kreistag in den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden.

Abg. Sievert erklärt, der von seiner Fraktion gestellte Antrag solle zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr verwiesen werden. Gerade für ältere Menschen würde das Leben immer beschwerlicher. Auch beim Autofahren würden sich die Schwierigkeiten mit zunehmendem Alter verstärken. Aber ohne Mobilität würde vielen älteren Menschen durch fehlende Kontakte auch die soziale Isolation drohen. Viele Ältere würden auf das Autofahren verzichten, könnten sich aber die Nutzung des ÖPNV z. B. für Arztbesuche nicht leisten. Deshalb habe die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt. Die Kosten dafür seien keine Belastung, sondern würden Unterstützung für mehr Lebensqualität der älteren Menschen bedeuten. Diese hätten ein Recht auf soziale Teilhabe. Er bittet, der Verweisung des Antrages zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zuzustimmen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: Anfragen

Landrat Prietz beantwortet eine Anfrage der Kreistagsgruppe CDU/FDP/WFB (BLZG)/FW vom 11.09.2023 zu den Auswirkungen der steigenden Flüchtlingszahlen im Landkreis.
(Anmerkung zum Protokoll: Die Anfrage mit den entsprechenden Antworten der Verwaltung ist als Anlage beigefügt).

Abg. Lüttjohann berichtet, in der Rotenburger Ortschaft Unterstedt hätten sich Freiwillige gefunden, die in ihrem Wohngebiet die Abfallbehälter an den Abfuhrtagen auf einer Straßenseite zur Abfuhr bereitstellen würden, so dass die Abfuhr für die Entsorgungsfahrzeuge einfacher und schneller und damit effektiver und umweltschonender sei. Ein Problem könne aber sein, dass die Abfallentsorgungssatzung des Landkreises vorsehe, dass die Abfallbehälter jeweils vor dem eigenen Grundstück bereit zu stellen seien. Nach seiner Ansicht sei diese Regelung nicht mehr zeitgemäß. Er fragt, ob dieses Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung behandelt werden könne.

Landrat Prietz antwortet, dies würde in die Zuständigkeit des Ausschusses für Abfallwirtschaft fallen. Wenn die SPD-Fraktion einen solchen Antrag für die nächste Sitzung stellen würde, würde dieser entsprechend behandelt.

Abg. Wallin spricht ein Interview mit dem Landrat aus der Rotenburger Kreiszeitung mit der Überschrift „Unfähiger Staat? „Ein realistischer Befund“ an. Er fragt, ob der Landrat tatsächlich der Ansicht sei, der Staat sei unfähig seine Aufgaben zu erfüllen? Falls Ja, habe der Landrat dann Pläne, die aktuellen Staatsorgane im Landkreis zu ersetzen. Falls Nein, sollte der Landrat seine Äußerungen in dem Interview dann nicht zurücknehmen?

Landrat Prietz antwortet, die Überschrift über das Interview habe der verantwortliche Redakteur gewählt, was zu dessen journalistischer Freiheit gehöre. Eine solche Äußerung habe er im Interview nicht gemacht und diese würde dementsprechend auch nicht im Text auftauchen. Nur 27 % der Bürgerinnen und Bürger würden aktuell den Staat für fähig halten, seine Aufgaben voll erfüllen zu können. Er halte das für realistisch und könne sich der Aussage anschließen. Dies habe nichts damit zu tun, dass staatliche Stellen abgeschafft werden sollten. Deshalb werde er auch keine seiner Äußerungen zurücknehmen.

Abg. Petersen spricht die Genehmigung des Landkreises für die Änderung des Flächennutzungsplans in der Gemeinde Tiste zur Errichtung einer PV-Freiflächenanlage an. Diese Entscheidung sei für ihn nicht nachvollziehbar. Die betreffende Fläche würde direkt an ein EU-Vogelschutzgebiet angrenzen. Er halte die Genehmigung durch den Landkreis für nicht nachvollziehbar und für ein falsches Signal auch an andere Gemeinden. Es sei in diesem Fall keine vernünftige Alternativenprüfung angestellt worden. Auf einer anderen Fläche nahe der Autobahntrasse könnte eine solche Anlage nach seiner Ansicht problemlos realisiert werden. Er fragt, ob der Landkreis auch künftig solchen Änderungen von Flächennutzungsplänen zustimmen werde.

Landrat Prietz antwortet, die Verträglichkeit der geplanten Anlage mit dem angrenzenden EU-Vogelschutzgebiet sei im Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans nicht ab-

schließlich geprüft worden. Dies sei auch nicht erforderlich gewesen, weil das Vogelschutzgebiet selbst nicht überplant worden sei. Die Naturschutz-Fragen würden deshalb notfalls im Baugenehmigungsverfahren eingehend geprüft werden. Da die weiteren Voraussetzungen gegeben waren, war die Änderung des Flächennutzungsplans vom Landkreis zu genehmigen. Dies würde nicht bedeuten, dass automatisch eine Baugenehmigung für die PV-Anlage erteilt werden könnte. Dazu müsse erst nachgewiesen werden, dass eine Verträglichkeit der Anlage mit dem EU-Vogelschutzgebiet besteht.

Abg. Lienau fragt, ob der Landkreis willens sei, sozial bedürftige Menschen im Landkreis zu unterstützen. Hiermit seien Menschen gemeint, die zwar noch nicht im Sozialbezug stehen würden, die aber auch keine Besserverdiener seien. Er möchte wissen, was der Landkreis gegen die Wohnungsnot unternimmt, wie z. B. eine kürzere Verfahrensdauer bei Baugenehmigungen.

Landrat Prietz antwortet, die Förderung des Landkreises für die Sportvereine oder die Pauschale für Übungsleiter würde bei den Menschen ankommen. Genauso sei im Landkreis gewährleistet, dass Teilhabeleistungen von den Berechtigten z. B. wegen Behinderungen oder geringem Einkommen in Anspruch genommen werden könnten. Die Ansicht einer prekären Wohnungssituation im Landkreis teilt er. Er habe aber nicht den Eindruck, dass dies an der Dauer von Baugenehmigungsverfahren liegen würde. Faktoren dafür seien eher die gestiegenen Kreditzinsen und höheren Baukosten sowie eine allgemeine Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Der Wohnungsbau sei im Moment nicht mehr attraktiv. Dafür eine Lösung zu finden sei eine staatliche Aufgabe, nicht die des Landkreises. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt sei dramatisch und werde sich mit der Zuweisung von weiteren Flüchtlingen in die Gemeinden noch verschärfen.

Abg. Kettenburg verlässt die Sitzung um 10.30 Uhr.

Abg. Brandt spricht ebenfalls die Abfallentsorgung an. Die Tonnen würden immer größer und unhandlicher werden. Nach der Abfuhr würden diese häufig nicht am ursprünglichen Platz, sondern kreuz und quer in der Gegend stehen und würden dadurch eine Behinderung besonders für ältere Menschen darstellen. Sie fragt, ob der Landkreis auf die Entsorgungsunternehmen einwirken könne, um hier Abhilfe zu schaffen.

Landrat Prietz weist darauf hin, dass der Landkreis bei der Abfuhr der Gelben Tonnen nicht Auftraggeber für das Entsorgungsunternehmen sei. Auch zu diesem Thema könnte ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft beraten werden.

Abg. Brodersen möchte im Kreistag für die Problematik im Zusammenhang mit der zunehmenden Wolfspopulation sensibilisieren.

Auf die Frage des **Abg. Winsemann**, ob die Beschlussfassung über die Änderung der Ausschussbesetzung nach dem Ausscheiden des Abg. Ullrich vergessen worden sei, antwortet **Landrat Prietz**, er habe hierzu gestern einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion erhalten. Hierüber werde in der nächsten Kreistagssitzung beschlossen. Bis dahin könne der Abg. Bassen an allen Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, denen zuvor der Abg. Ullrich angehört habe.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzende Tomforde schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10.35 Uhr.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzende

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer